

Bezugsgebühr:

Stellvertretend für Dresden bei jedem
anerkannten Herausgeber durch unsere
Posten abends und morgens, au-
ßer Sonn- und Montagen nur einmal
am 10. bis 12. Uhr. Durch andere Kom-
missionäre 30 Pf. bis 50 Pf. 50 Pf.
Bei einzelner Auslieferung durch die
Post 30 Pf. ohne Briefporto, im Aus-
land mit entsprechenden Aufschlägen.
Nachdruck aller Artikel u. Original-
Abbildung nur mit deutlicher
Quellenangabe. (Dresden, Stadt.)
gefürst. Nachdrucke der
ausländischen Zeitungen unterdrücklich
unterliegen. Wiederaufnahme werden
nicht aufbewahrt.

Telogramm-Nr.:
Nachrichten Dresden

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Der Detail-Verkauf der
Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz**, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte
Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen
bis vormittags 3 Uhr. Geis- und
Beliebige nur Werbung bis 10
bis 12 Uhr. Die einzelne Anzeige
ist von 5 Silben zu 50 Pf., An-
zeigungen auf der Innenseite Seite
25 Pf., die zweitlängste Seite auf
Leinwand 50 Pf., als Gewandt 50
Pf. In Nummern und Samm-
und Heftzetteln 10 Pf. pro Seite
50 Pf. auf Innenseite 40 Pf.
zweitlängste Seite auf Leinwand und
Gewandt 80 Pf. Abzinsung zu
tragen nur gegen Verhandlung.
Belegblätter kosten 10 Pfennig.

Sprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marktstraße 36.

Kräutersäfte
zu Frühjahrskuren
— täglich frisch gepresst —
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Reinste
u. mildeste
aller
Toilette-
Seifen!
Cosmos
Guthmann's
Seife
Ist die beste
für das Gesicht
Sack 25 Pf.

Hochfein
parfümiert.
Zu haben in
all. einschl.
Geschäften.

Meissner
Smyrna-Teppich-Fabrik
F. Louis Beilich, Meissen.
Nur Prima-Kammgarn-Fabrikate.
Handarbeit. Primitiert mit goldenen Medaillen.

Fabrik feiner Lederwaren.

Weltgehendste Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.
Reise-Artikel.

Adolf Näter

Größtes und vornehmstes
Lederwaren-Spezial-Geschäft
26 Prager Straße 26.

Nr. 94. Spiegel: Zur Erkrankung des Fürsten Bülow. Englands innere Politik. Stichl. Staatsaffären, Gesundheitsstand, Mittwoch. Witterung: Mild, bedeckt. | Freitag, 6. April 1906.

Zur Erkrankung des Fürsten Bülow.

Der jähre Unfall, von dem der oberste verantwortliche Beamte des Reiches vor versammelten Reichstags bei einer Darlegung seiner marokkanischen Politik betroffen worden ist, wird im ganzen deutschen Volle die lebhafteste Teilnahme erwecken. Man kommt unwillkürlich auf den Gedanken, daß die an Ausregungen und Ansprüchen so überreiche Marokko-Frage, die nun schon über ein Jahr lang mit voller Schwere auf dem Leiter unseres Auswärtigen Amtes lastet, dem Fürsten Bülow die physische Schwäche angezogen hat, unter der er im Reichstag momentan zusammenbrochen ist. Die ungewöhnliche Arbeitskraft des Fürsten Bülow ist ja bekannt, nicht minder auch seine rostlose Arbeitseindeutlichkeit, die ihm keine Ruhe, keine Erholung kennen läßt. In der marokkanischen Frage aber hat sich der Reichskanzler offenbar alles viel zugemutet, und so ist es denn schließlich im Verein mit besonders ungünstigen äußeren Verhältnissen, einer nicht jüngst erhobenen Behauptung und großer Höhe im Soale, zu dem bedauerlichen Vortasse in der hektischen Reichstagsitzung gekommen. Die starke Natur des Fürsten, die sich bisher so widerstandsfähig erwiesen hat, läßt aber wohl unverzüglich erkennen, daß der noch nicht 57jährige Staatsmann sich bald gänzlich von seinem Unfall erholen wird, um so mehr, als ja die Konferenz in Alacicos nunmehr einen glücklichen Ausgang genommen hat und somit ein Hauptgegenstand starker Unruhe in der hohen Politik fortfällt. Wir dringen daher dem Reichskanzler unsere besten Wünsche zur recht baldigen völligen Wiederherstellung dar und vertrauen damit die Hoffnung, ihn ehestens wieder in alter Frische und seinesgleichen an der gewohnten Stelle begrüßen zu können.

Schwierigkeiten der neuen englischen Regierung.

Die neue liberale englische Regierung sieht sich in der inneren Politik bereits nach einer kurzen parlamentarischen Schonzeit vor Verlegenheiten ernster Art gestellt. Einmal ist es bei den Auseinandersetzungen über die Trades Disputes Bill — Gesetzentwurf betreffend Gewerkschaftstreitigkeiten — ersichtbar geworden, in welchem Maße liberale Kandidaten sich der Unterstützung der Arbeiterschaft bedient haben und mit welchem Mittel sie sich diese Unterstützung gesichert haben. In sehr zahlreichen Fällen hat der liberale Kandidat sich ausdrücklich auf die wichtigsten radikalen Forderungen festgelegt. Die so ins Unterhaus gelangten Mitglieder der liberalen Partei können jetzt, selbst wenn sie wollten, den um die Jahreswende eingenommenen Standpunkt nicht verlegen, sie würden sonst folglich von der offensichtlich über ihre Rechte und Ansprüche wachsenden Arbeiterschaft zur Rechenschaft gezogen werden.

So mußte die Vorlage, betreffend die Regelung der Schadenshaftigkeit der Gewerkschaften im Falle ungerechter Handlungen ihrer Vertreter oder Mitglieder, das ihr nun zu teil gewordene Schicksal finden. Der Geheimrat war in der Gestalt aus dem Kabinett hervorgegangen, daß zwar die Aufsicht der im Taff Vale-Streik so genannt nach der Grubengesellschaft, die den Prozeß gegen die Gewerkschaft angestrengt hatte, getroffenen Entscheidung bestätigt und den im Rohstoffkampf befindlichen Arbeitern nicht unerhebliche Zugeständnisse bezüglich des Streitpostenstehens, der friedlichen Ueberredung usw. gemacht werden sollten, daß aber doch an eine Schadenshaftigkeit der Trade Unions in gewissen Fällen festgehalten werden sollte. Selbstverständlich entbrach diese Auffassung nicht den Wünschen der Arbeiterschaft. Vielmehr verlangt diese in einer von ihrem Mitgliede Hudson vorgelegten Bill, ausdrücklich den Grundsatz gelehmbäßig anzunehmen, daß in seinem Falle die Vermögen der Gewerkschaften für irgend welche Uebergriffe der in ihnen vereinigten Arbeiterschaft bei Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften für die Arbeiterschaften der anderen Gewerkschaften nicht aufzuheben seien. Der Ministerpräsident scheint gewußt oder wenigstens befürchtet zu haben, daß er eine parlamentarische Niederlage riskieren, vielleicht auch die Einheitlichkeit seines Kabinetts gefährden würde, wenn er nicht weitere Konzessionen mache. So trat er, dessen eigener Generalauftakt kurz vorher die Regierungsvorlage begründet hatte, für die Bill Hudson ein, empfahl ihre Annahme, und sie wurde tatsächlich mit der enormen Mehrheit von 350 Stimmen gegen die Stimmen der Konserventen angenommen.

Die Angelegenheit ist aber damit nicht erledigt, die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst. Das Haus der Lords wird, daß dari als sicher gelten, der so abgeänderten Trades Disputes Bill die Genehmigung verweigern. Wie das Unterhaus diese Entscheidung beantragen wird, ist natürlich noch zweifelhaft. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die starke Mehrheit, die die Vorlage gefunden hat, sich durch das Oberhaus einschüchtern oder gar zur Wiederherstellung der Regierungsvorlage bewegen läßt. Gelingt es nicht, ein Kompromiß zu stande zu bringen, so wird ernsthaft mit einer Auflösung des Unterhauses und der Ausschreibung von Neuwahlen zu rechnen sein, wie dies der ältere Chamberlain, allerdings aus anderen

Gründen und Erwartungen, schon bei Beginn des vorjährigen Wahlkampfes vorausgesagt hat. Ein letzter Konflikt zwischen Oberhaus und Unterhaus besteht also.

Ob er zum Ausbruch kommen wird, hängt davon ab, wie man in den bürgerlichen Kreisen die Aussichten eines neuen Wahlanges einstözt. Allem Anschein nach dürfte die Einricht, doch Neuauflagen vor allem den Interessen der Arbeiterschaft förderlich wären, dann beitreten, eine Verständigung in der Gewerkschaftsfrage herbeizuführen. Wie die schließlich aussfallen wird, das ist nicht nur für England von größtem Interesse. Wie die parlamentarischen Einrichtungen, sind auch die Arbeiterschaftsverhältnisse Englands vielleicht vorbildlich gewesen, und die deutsche Arbeiterschaft hat sich gewöhnt, ihre eigene Stellung an der ihrer englischen Verbrüderungen zu messen. Werden in England Kommissariate bei Lohnausständen, wie das Streitpostenstehen, Unterantwortlichkeit der Arbeiterschaftseltern selbst für gelegentlich unerlaubte Handlungen, die Anerkennung kollektiver Kontrakte usw., gelegentlich sanktioniert, so ist sicher damit zu rechnen, daß derartige Ansprüche ihren Weg auch nach Deutschland finden und ein neues, gefährliches Streitobjekt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schaffen werden.

Zu einem selbständigen, von dem unionistischen Programm abweichen den Handeln hat sich die liberale Regierung ferner auf dem Gebiete der Kolonialpolitik veranlaßt gezeigt. Hier ist es ihr nicht möglich gewesen, der eigenen Willensmeinung Anerkennung zu schaffen, sie hat sich vielmehr zu denselben Bruderkämpfen bekennt müssen, die im Kabinett Bulow-Chamberlain und sein Nachfolger Ottokson für die Beziehungen zu den kolonialen Regierungen aufgestellt hatten. So verwandelte sich der Tadel, der gegen den früheren Oberkommissar in Südafrika Lord Milner wegen Mißbrauchs seiner Amtsbvoile ausgesprochen werden sollte, zu einer allgemeinen Entlastung, in der zwar gegen die von Milner verübte Strafe des Auspeitschens protestiert wurde, in der aber der Name des schuldigen Gouverneurs überhaupt nicht genannt war. Lord Milner ist Imperialist schärfster Obleranz. Wenn gegen ihn eine solche Rücksichtnahme geübt wurde, so kann man daraus entnehmen, bis zu welchem Grade auch in der liberalen Regierung und ihrer Abhängigkeit das imperialistische Gewissen und Verlangen noch ist und selbst auf Seiten eines politischen Mikrofotografen wachgehalten wird.

Noch ungünstiger hat die Regierung in Sachen der Natal-Krisis abgeschnitten. Die südafrikanische Siedelung Natal gehört zu den selbständigen britischen Kolonien, die sich nicht nur hinsichtlich ihrer Verpflichtungen vom Mutterlande fast völlig losgemacht haben, sondern auch hinsichtlich ihrer Rechtsautonomie völlig selbständig geworden sind. Diesen Verhältnissen hat Chamberlain, solange er den Posten eines Kolonialsekretärs bekleidete, stets Rechnung getragen und Einprüche gegen koloniale Maßnahmen nur im äußersten Falle und dann mit der nötigen Rücksichtnahme auf das koloniale Ehre- und Machtgefühl erhoben. Trotzdem unterwarf es die liberale Regierung, dem Gouverneur von Natal die Vollzierung eines Todesurteils, das er gegen 12 des Mordes überführte zu unterlegen. Die unmittelbare Folge waren geharnischte Protestierlärmungen aus allen Teilen und Unterklassen der Kolonie, und der Premier von Natal legte sein Amt nieder mit der Begründung, daß er es mit seiner Ehre und seinem Ansehen nicht vereinbaren könnte, weniger tapfer als der Gouverneur der Kolonie behandelt zu werden. Die Krisis war da, sie zu beilegen gelang nur dadurch, daß Sir George Campbell-Bannerman durch Lord Elgin im Oberhause erklärte, daß die Regierung des Mutterlandes dem Minister der Siedelung Natal die Vorbereitung für die Hinrichtung der zwölf Aufzüger überlassen.

So hat sich auch in diesem Falle ein Gegensatz zwischen den beiden Häusern des Parlaments herausgebildet. Energiisch und erfolgreich hat das liberale Kabinett seinen Standpunkt nur in der Kritikstage vertreten. Unter Ablehnung aller, auch der bescheidensten Wünsche bezüglich einer Vergeltungs- und Kompromißpolitik hat Anfang März eine sehr große Mehrheit sich durch die Annahme der Resolution Wilson gegen jede Besteuerung ausländischer Erzeugnisse erklärt. Es fragt sich aber, ob das Vertrauen, das der liberalen Regierung in dieser Frage bewiesen wurde, genügen wird, um dem Kabinett in den gekennzeichneten Schwierigkeiten seiner Lage einen sicheren Rückhalt zu verschaffen.

Neueste Drahtmeldungen vom 5. April.

Zur Erkrankung des Reichskanzlers.

Berlin. Der Reichskanzler wurde aus dem Sitzungssaal nach dem Präsidentenzimmer gebracht, er erholt sich dort zu sehenden. Es scheint sich um eine vorübergehende Ohnmacht, gehandelt zu haben. Aus seiner Umgebung wird versichert, daß keine Löhnungserscheinungen auftreten. In den letzten Tagen hat der Reichskanzler stark an Anstrengung gelitten. Um 1/4 Uhr erschien Professor Renvers und erklärte

Frische und
sterilisierte
Kinder-Milch
Milch-
Futterung

Frische und
sterilisierte
Kinder-Milch
Milch-
Futterung